



Presseinformation

Nr. 459 / 2012

Kiel, Mittwoch, 28. November 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Öffentliche Finanzen / Haushaltsentwurf 2013

Dr. Heiner Garg: Eine Zusage klingt anders!

Bei der heutigen Diskussion im Finanzausschuss über die Entwürfe zu den Einzelplänen des Haushalts 2013 erklärt der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„In der Sitzung des Finanzausschusses haben der Ministerpräsident und die Finanzministerin zwar behauptet, dass sie alle Bediensteten des Landes – Angestellte sowie Beamte – an einem Zuwachs bei den Gehältern bzw. Bezügen teilhaben lassen möchten, wie dies jedoch angesichts des vorgestellten Haushaltsentwurfs aussehen soll, bleibt weiterhin nebulös. Ich hätte mir eine klare Aussage, ein klares Bekenntnis für die Beamten gewünscht.

Die Beamten haben zum Teil in der Vergangenheit heftige Einschnitte hinnehmen müssen. Ein weiteres Sparen zu Lasten der Beamten, bei gleichzeitiger Ausgabensteigerung in anderen Bereichen, ist Politik auf dem Rücken einer funktionsfähigen Verwaltung.

Auf meine direkte Nachfrage, ob eine Übertragung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst zeit- und wirkgleich auf die Beamten vorgesehen ist, sagte der Ministerpräsident, dass er eine solche Zusage nicht geben könne. Stattdessen kündigt die Landesregierung erneut vollmundige Dialogrunden an. Soll das Ergebnis des Dialogs eine effektive Gehaltskürzung sein?

Statt einem Bekenntnis zu einer gerechten Bezahlung verwies die Landesregierung auf ein tolles neues Personal- und Gesundheitsmanagement für die Landesbediensteten, um unter anderem die Fehlzeiten zu reduzieren. Was hat dies mit Gehaltszahlungen zu tun? Schlimmer noch, um gegebenenfalls den Tarifabschluss dennoch auf die Beamten übertragen zu können, möchte man – im Dialog – die Nachbesetzung von altersbedingt freigewordenen Stellen zeitlich versetzt durchführen. Im Klartext bedeutet dies einen weiteren Arbeitszuwachs für die Beamten. So wird man jedoch nicht seiner Verantwortung gegenüber den Landesbediensteten gerecht.“